

# „FWG-Antrag begründet abgelehnt“

SPD Biebergemünd: Fundiert argumentiert in der Gemeindevertretersitzung

GNZ 03.05.2019

**Biebergemünd** (re). „Fundiert formuliert sowie fachlich und sachlich vorbereitet hat die SPD Biebergemünd in der vergangenen Gemeindevertretersitzung den FWG-Antrag zur Windenergienutzung abgelehnt“, heißt es in einer Pressemitteilung der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Martina Glaab (die GNZ berichtete mehrfach). Die Pressemitteilung sei als Reaktion auf die Mitteilung der Windkraftgegner in der GNZ vom 6. April, „Keine Sternstunde des Biebergemünder Parlaments“, gedacht. Dass der FWG-Antrag, der sich auch darum drehte, dass der Ortsteil Lützel in den Plänen des Regierungspräsidiums nicht korrekt dargestellt ist, von SPD und CDU abgelehnt wurde, befand die Bürgerinitiative „Windkraft im Spesart“ als „nicht hinnehmbar“.

„Dass politische Diskussionen nicht zwingend etwas mit Sternstunden zu tun haben, hält die SPD-Fraktion durchaus für möglich und für eine der wenigen Wahrheitsgehalte der abgedruckten Pressemitteilung“, heißt es in der Mitteilung der Sozialdemokraten. „Und dann wird da von lapidaren Begründungen seitens der SPD-

Fraktion gesprochen.“ Festgestellt werden könne, dass eine große Gruppe Interessierter just zu diesem Tagesordnungspunkt den Saal betreten, dabei für Unruhe und Störung des Sitzungsverlaufs gesorgt habe und die Versammlung auch wieder vorzeitig – nachdem das Thema erledigt – die Biebertalhalle verlassen habe. „Eine Unhöflichkeit gegenüber dem Vorsitzenden und dem gesamten Parlament“, heißt es in der Pressemitteilung.

**Glaab: „Man mag nur das hören, was einem in den Kram passt“**

Die Ausführungen der SPD-Fraktion beziehungsweise Martina Glaabs seien aus dem Zusammenhang gerissen worden: „Man mag eben nur das hören und aufnehmen, was einem selbst in den Kram passt“, betont Martina Glaab dazu. Alle Sachverhalte seien mit den maßgeblichen Verwaltungsmitarbeitern im Rathaus erörtert worden. Die Ergebnisse aus der KEEB seien Grundlage für die Entscheidung gewesen, den Antrag abzulehnen.

Genau da liege die Grundlage. „Tatsächlich ist die Vorrangfläche 2-308 mit Blick auf den Abstand

der Siedlungsfläche abzubilden“, formuliert Martina Glaab. Auch könnten die geringe Bemaßung der Vorrangfläche mit den damit einhergehenden geringen Ertragswerten sowie die lange Leitungsführung, um die gewonnene Energie abtransportieren zu können, durchaus bei einem möglichen Investor eine Rolle spielen. Auch dies sei von der SPD formuliert worden, sei aber nicht die Basis der Ausführungen gewesen; wie dies „so gerne von der BI dargestellt werden möchte“.

Definitiv seien Passagen im Begründungstext des von der FWG gestellten Antrags falsch gewesen, diese seien jedoch erneut an diesem Abend am Mikrofon wiederholt worden – trotz des inzwischen auch in der FWG gewonnenen Wissens.

Zudem seien die 1000 Meter Abstand zur Siedlungsfläche gegeben – eine Widerspruchsmöglichkeit sei daher nicht möglich. Die vor Ort vorhandenen Gebäude unter der Bezeichnung „Außenbereich“ würden lediglich einen Schutzabstand von 600 Metern genießen; davon seien in der Lützel Gebäude betroffen. Sollte sich also ein Investor für die Vorrangfläche 2-308 interessieren, dann müsse das Genehmi-

gungsverfahren nach Bundesemissionschutz-Gesetz gestartet werden, wobei die Gemeinde Biebergemünd zur Stellungnahme aufgefordert werden würde sowie alle naturschutzrelevanten Aspekte bewertet, kontrolliert, geprüft, aktiviert werden müssten. „Auch hier wird die Gemeinde – wie auch in der Vergangenheit in den mehr als 50 Sitzungen im Laufe der letzten fünf Jahre – sorgfältig und gemäß den gesetzlichen Möglichkeiten entscheiden“, heißt es weiter in der Mitteilung. Dies gelte insbesondere auch für die Bürger in Breitenborn/Lützel. Es sei eine Unverschämtheit der BI, dies in der Mitteilung in einer Weise einzufordern, die dem Leser suggeriere, dass das nicht geschehe.

**„Mit der Professionalität in den eigenen Reihen beginnen“**

Die Dinge beim Namen nennen und nicht eine eigene Wahrheit formulieren, das erwarte die SPD-Fraktion Biebergemünd von den Presseschreibern der BI und „gerne mit der Professionalität in den eigenen Reihen beginnen, anstatt diese dem Gemeindeparlament gegenüber einzufordern“.